

Antrag L01: Laut für Bildung, laut für morgen.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag des Landesvorstands

1 Brandenburg liegt seit Jahren in bundesweiten Vergleichsrankungen auf den hinteren
2 Plätzen. Kinder, Eltern und Lehrkräfte erleben jeden Tag, was das bedeutet: fehlende
3 Fachkräfte, Unterrichtsausfall, bröckelnde Schulgebäude, überlastete Kitas. Anstatt
4 gegenzusteuern, verschärft die Landesregierung aus SPD und BSW die Lage mit massiven
5 Kürzungen bei Kitas, Schulen und Ganztagsangeboten.
6 Die Folgen sind klar: Kinder verlieren Chancen, Familien verlieren Verlässlichkeit,
7 Lehrkräfte werden zusätzlich belastet – und unser Land rutscht noch weiter zurück.
8 Wir sagen: Wer bei Bildung kürzt, bricht das Versprechen von Gerechtigkeit. Wer bei
9 Bildung kürzt, schwächt Brandenburg. Wir kämpfen für das Gegenteil: für starke Kitas,
10 gute Schulen, faire Chancen für jedes Kind und Rahmenbedingungen, die den Menschen in
11 Bildung und Erziehung den Rücken stärken.

12 **Frühkindliche Bildung sichern**

13 Kitas sind Orte, an denen Kinder spielen und lernen, Freundschaften schließen und
14 Vielfalt erleben. Sie erfahren, wie unterschiedlich Menschen sein können – und
15 zugleich, wie viel sie miteinander verbindet. Hier lernen sie, Grenzen zu setzen und
16 zu akzeptieren, sich auszuprobieren und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Hier werden
17 die Grundlagen für gerechte Bildungschancen gelegt – von Sprache und Motorik bis zu
18 sozialem Miteinander. Frühkindliche Bildung entscheidet mit darüber, wie gut Kinder
19 in die Schule und ins Leben starten.
20 Gerade für die Kleinsten ist eine enge Betreuung wichtig. Fachleute empfehlen, dass
21 ein*e Erzieher*in höchstens drei Kinder unter drei Jahren betreut. In Brandenburg
22 liegt der Schlüssel aktuell bei 1:5. Die vorherige Landesregierung unter unserer
23 Beteiligung hatte deshalb beschlossen, den Betreuungsschlüssel zum 1. August 2025 auf
24 1:4 zu verbessern – ein überfälliger Schritt, damit Kinder mehr individuelle
25 Förderung bekommen und Fachkräfte entlastet werden. Die neue Landesregierung von SPD
26 und BSW verschiebt diese Verbesserung auf den 1. Januar 2027. Das bedeutet: Zwei
27 weitere Jahrgänge von Kindern wachsen unter schlechteren Bedingungen auf.
28 Hinzu kommt: Ab dem 1. Januar 2026 will die Landesregierung die Förderung für
29 verlängerte Betreuungszeiten über acht Stunden streichen. Das betrifft rund zwei
30 Drittel der Brandenburger Kitakinder. Damit werden Träger vor die Wahl gestellt:
31 entweder müssen sie das Personal kürzen oder das bisher schon wenige Personal auf
32 mehr Betreuungszeiten verteilen. Beides bedeutet am Ende nur eins: sinkende Qualität
33 der Betreuung und mehr Stress für Erzieher*innen.
34 Die Landesregierung schwächt Familien und überlastet Fachkräfte. Brandenburg braucht

stattdessen **gute Kitas mit verlässlichen Öffnungszeiten, mit guten Arbeitsbedingungen für die Erzieher*innen und echten Chancen für jedes Kind.**

Wir setzen uns ein für:

- einen **verlässlichen Betreuungsschlüssel**, der Schritt für Schritt an fachliche Standards herangeführt wird,
- eine **dauerhafte Finanzierung längerer Öffnungszeiten**, damit Familie und Beruf vereinbar bleiben,
- eine **auskömmliche Finanzierung der Kommunen**, damit Kitas nicht länger am Limit arbeiten.
- und ein Kitagesetz, das alle Akteur*innen mitnimmt und Probleme aktiv adressiert.

Unser Ziel ist klar: Brandenburg soll ein Land sein, in dem Kinder gut aufwachsen können, Fachkräfte gerne in ihrem Beruf arbeiten und Eltern darauf vertrauen können, dass die Betreuung ihrer Kinder gesichert ist. Das ist machbar, wenn Bildung und Familien endlich Vorrang bekommen.

Bildungschancen sichern – Gute Schulen für Alle

Schule soll allen Kindern ermöglichen, ihre Talente zu entfalten – unabhängig davon, wie viel Geld oder Zeit ihre Eltern haben. Doch die Kürzungen der Landesregierung erreichen nur das Gegenteil: Statt gleiche Chancen zu schaffen, werden soziale Unterschiede verschärft.

Dabei ist Bildung unser Schlüssel zur Zukunft: Sie entscheidet, ob Kinder und Jugendliche gute Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben und ihre Talente entwickeln können, ob Brandenburg eine **wettbewerbsfähige Wirtschaft** aufbauen kann und ob unsere Demokratie stark bleibt. Seit Jahren hängt Brandenburg jedoch in sämtlichen bundesweiten Bildungsvergleichen auf den hinteren Plätzen. Kürzungen im Bildungsbereich verschärfen diese Schieflage weiter – und schwächen damit unser Land insgesamt.

Besonders hart trifft es die Kinder, die Unterstützung am dringendsten brauchen. Förderstunden, Inklusion und Ganztagsangebote sind keine „Extras“, die man bei knappen Kassen streichen kann – sie sind die Grundlage für Chancengerechtigkeit. Ohne sie werden aus kleinen Rückständen große Nachteile, die Kinder ein Leben lang begleiten können.

Mit der Streichung der verpflichtenden Elterngespräche in Klasse 1 und 2 entzieht die Landesregierung gerade jenen Familien die notwendige Unterstützung, die auf einen funktionierenden Austausch mit der Schule besonders angewiesen sind. Bildungsfernere Haushalte werden so systematisch abgehängt – auf dem Rücken ihrer Kinder.

Dieser bildungspolitische Rückschritt ignoriert die Realität vieler Familien, in denen schulische Belange nicht selbstverständlich im Fokus stehen. Der Dialog zwischen Lehrkräften und Eltern ist jedoch entscheidend, um Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen, Vertrauen aufzubauen und Bildungsbiografien erfolgreich zu starten.

Der Ganzttag ist ein Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit: Er bietet nicht nur Betreuung, sondern auch Zeit für individuelle Förderung, kulturelle Angebote und soziales Lernen. Kinder, die zu Hause weniger Unterstützung erfahren, bekommen hier die Chance auf einen fairen Start. Wer den Ganzttag kappt, schneidet genau diesen Kindern Zukunftschancen ab.

Wir stellen uns der Landesregierung entgegen, denn **jedes Kind verdient faire Startbedingungen**. Das heißt für uns: Förderstunden sichern, Inklusion ausbauen und Ganztagsangebote stärken – gerade in den Regionen, in denen soziale Unterschiede am größten sind. Der Lernerfolg darf nicht vom Elternhaus abhängig sein.

Arbeitsbedingungen von Lehrer*innen verbessern

Gute Schulen brauchen gute Lehrer*innen. Sie sind diejenigen, die Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg begleiten, Talente entdecken, Wissen vermitteln und Werte vorleben. Doch ihre Arbeit wird in Brandenburg seit Jahren durch hohe Belastung, fehlende Unterstützung und unzureichende Arbeitsbedingungen erschwert.

Statt hier gegenzusteuern, verschärft die Landesregierung die Lage: Während vor der Wahl noch über 600 Lehrkräfte fehlten, werden nach der Wahl Lehrer*innenstellen abgebaut – und gleichzeitig eine Pflicht-Mehrarbeit von einer Stunde pro Woche eingeführt. Offensichtlich hat sich der Lehrkräftemangel für die Landesregierung einfach „in Luft aufgelöst“. Die Realität an den Schulen sieht jedoch anders aus: Unterrichtsausfälle, überlastete Kollegien und fehlende Zeit für individuelle Förderung.

Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Arbeitsbedingungen an Brandenburger Schulen. Dazu gehört eine Arbeitszeiterfassung, die sichtbar macht, was Lehrerinnen tatsächlich leisten. Lehrer*innen brauchen Entlastung durch weniger Bürokratie, mehr multiprofessionelle Teams und mehr Schulsozialarbeit. Lehrer*innen sollten sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: Kindern und Jugendlichen gute Bildung zu ermöglichen.

Lehrer*innen tragen enorme Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Diese Verantwortung darf nicht länger mit zusätzlichen Lasten beantwortet werden. Wir setzen uns ein für bessere Rahmenbedingungen, die den Beruf wieder attraktiv machen – damit Brandenburg auch in Zukunft genügend engagierte Menschen gewinnt, die diesen unverzichtbaren Job machen wollen.

Demokratie, Vielfalt & politische Bildung stärken

Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sie sind auch Orte der Demokratie. Hier lernen Kinder und Jugendliche, ihre Meinung zu äußern, Verantwortung zu übernehmen und mit Vielfalt umzugehen. Im besten Fall lernen sie, dass ihr Engagement Dinge konkret bewegen kann. Politische Bildung, Gedenkstättenarbeit und Projekte zur Demokratieförderung helfen jungen Menschen, unsere Demokratie zu verstehen und gegen Angriffe zu verteidigen. In einer Zeit, in der Rechtsextremismus stärker wird und

114 Desinformation zunimmt, ist diese Aufgabe wichtiger denn je.
115 Doch anstatt diese Arbeit zu unterstützen, erschwert die Landesregierung
116 demokratiepädagogische Projekte. So werden dem bewährten Projekt „Bildung unterm
117 Regenbogen“, das Workshops zu Diversität und Antidiskriminierung anbietet, Steine in
118 den Weg gelegt, und auch die Finanzierung von Demokratieprojekten ist unsicher.
119 Gleichzeitig bleibt das Recht auf **inklusive Bildung** vielfach uneingelöst: Kinder mit
120 Beeinträchtigungen werden noch immer an Förderschulen gedrängt, statt an Regelschulen
121 angemessen gefördert zu werden. Die Landesregierung sendet damit ein falsches Signal.
122 Ausgerechnet jetzt, wo Demokratie unter Druck kommt, müssen Demokratiebildung,
123 Vielfalt und Inklusion stark gemacht werden.
124 Schulen müssen Orte sein, an denen alle Kinder und Jugendliche sicher und akzeptiert
125 aufwachsen können – unabhängig von Herkunft, sexueller Identität oder Orientierung
126 und unabhängig von Beeinträchtigungen. Politische Bildung und Gedenkstättenpädagogik
127 gehören fest in den Unterricht, und Demokratieprojekte brauchen verlässliche
128 Förderung. Schulen müssen zu Orten werden, wo Kinder und Jugendliche
129 Selbstwirksamkeit in demokratischen Prozessen erfahren. Wer unsere Demokratie
130 verteidigen will, muss in den Schulen anfangen.

131 **Zukunftskompetenzen vermitteln**

132 In Schulen sollen Kinder nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Schulen
133 sollen sie auch auf die Welt von morgen vorbereiten. Digitalisierung, Künstliche
134 Intelligenz, soziale Medien, Verbraucherfragen und Finanzwissen sind längst Teil des
135 Alltags – doch im Unterricht finden sie noch zu wenig Raum.
136 Die Folgen sind spürbar: Jugendliche nutzen digitale Technologien selbstverständlich,
137 lernen aber kaum, wie sie kritisch und verantwortungsvoll damit umgehen können.
138 Medienkompetenz, Schutz vor Desinformation und ein reflektierter Umgang mit sozialen
139 Netzwerken gehören genauso ins Klassenzimmer wie das Verständnis für KI, Algorithmen
140 und deren Chancen und Risiken. Auch grundlegende Verbraucher- und Finanzbildung
141 fehlen vielerorts, obwohl sie entscheidend sind, um ein selbstbestimmtes Leben führen
142 zu können.
143 Ebenso wichtig ist die Vorbereitung auf den Übergang ins Berufsleben. Jugendliche
144 brauchen Orientierung und Unterstützung, damit der Weg von der Schule in Ausbildung,
145 Studium oder Arbeit gelingt. Wer diesen Übergang vernachlässigt, riskiert nicht nur
146 individuelle Brüche in Bildungsbiografien, sondern auch den Verlust dringend
147 benötigter Fachkräfte in Brandenburg.
148 Wir wollen, dass Brandenburgs Schulen Kinder und Jugendliche fit für die Zukunft
149 machen. Dazu gehört ein moderner Unterricht, der digitale und gesellschaftliche
150 Veränderungen ernst nimmt, Lehrkräfte gezielt qualifiziert und Schulen technisch wie
151 pädagogisch ausstattet. Nur so können wir sicherstellen, dass junge Menschen nicht
152 nur Prüfungen bestehen, sondern ihr Leben erfolgreich gestalten können – als mündige
153 Bürger*innen, die unsere Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft tragen.

Unsere Kernforderungen

Die Landesregierung schwächt Kitas, Schulen und Familien. Deshalb fordern wir:

- Keine Kürzungen bei der Bildung – Förderstunden, Ganzttag, Inklusion und Kitas müssen gesichert bleiben.
- Schluss mit der Pflicht-Mehrarbeit – Lehrkräfte brauchen Entlastung, keine zusätzliche Belastung.
- Sanieren statt kaputtsparen – Investitionen in Schulen, Ausstattung und Digitalisierung sind überfällig.
- Berufliche Bildung stärken – Übergänge in Ausbildung und Fachkräftegewinnung dürfen nicht unter den Tisch fallen.
- Demokratiebildung und Vielfalt stärken – politische Bildung, Inklusion und Projekte gegen Rechtsextremismus brauchen verlässliche Förderung.

Ausblick: Brandenburg braucht Bildung

Die Kürzungen der Landesregierung sind ein Angriff auf die Zukunft unserer Kinder.

Wer bei Bildung spart, verspielt Chancen, verschärft Ungleichheit und schwächt unser Land. Brandenburg braucht das Gegenteil: starke Kitas, gute Schulen und Lehrkräfte, die unterstützt statt überlastet werden.

Wir sagen klar: Bildung ist das Fundament für Wohlstand, Demokratie, Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt. Wer Brandenburg stark machen will, muss in Bildung investieren – nicht sie kaputtsparen.